

GK 8. Feb. 91 14

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT  
FUER AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN

Bern, 5. Februar 1991

POLITISCHE ABTEILUNG I

p.B.75.80

/ s.C.41.770.0.-WOK/WIA

/ p.B.75-76.

Notiz an den Departementschef

(teilweise Neufassung einer Notiz an Staatssekretär Jacobi vom  
29.1.)

Gefahr der europapolitischen Isolierung der Schweiz?

1. Als mit der Verantwortung für die Gesamtbeziehungen der Schweiz mit den europäischen Staaten betraute Abteilung erlauben wir uns, auf die Aussicht einer zunehmenden europapolitischen Isolierung der Schweiz hinzuweisen; dies in der Folge erstens der schweizerischen Politik seit Ausbruch der Feindseligkeiten in der Golfkrise und zweitens der jüngsten Entwicklung im Rahmen EWR.

Selbstverständlich sind für die entsprechenden schweizerischen Positionen in erster Linie interessenpolitische Erwägungen in naturgemäss interner Perspektive ausschlaggebend. Diese Interessenlage wird als bekannt vorausgesetzt; im folgenden sollen die bereits erfolgten und zukünftigen Reaktionen von aussen, jene unserer westlichen und insbesondere westeuropäischen Partnerländer, in die vom Bundesrat ja vorgesehene laufende Ueberprüfung unserer Positionen eingefügt werden.

2. Mit Bezug auf die Golfkrise ist festzustellen, dass die Schweiz mit Ausbruch der Feindseligkeiten - in der Optik unserer westeuropäischen Partner - vor die Wahl zwischen Neutralität und Solidarität gestellt worden ist. Der Bundesrat hat sich im Moment für eine neutrale Linie entschlossen. Im Gegensatz beispielsweise zu Oesterreich, das den Golfkonflikt als nichtneutralitätsrelevant ansieht und folgerichtig militärische Ueberflüge gestattet sowie seine Gesetzgebung mit Bezug auf Kriegsmaterialexport änderte, geht die Schweiz weiterhin vom Vorliegen eines klassischen und damit neutralitätsrelevanten Konfliktes aus. Verschiedene schweizerische Positionsbezüge weisen in Richtung einer Gleichbehandlung aller Kriegsparteien.

Dieser Abteilung sind von Seiten verschiedener westlicher Botschaften (Belgien, BRD, Frankreich, USA und ganz speziell GB) offiziöse, aber deutliche Zeichen zugekommen, dass die schweizerische Position mit sehr kritischen Augen gesehen wird. Ein konkretes Beispiel: Der Aufruf des Bundesrates zur Respektierung des humanitären Völkerrechtes vom 23.1. hat zu folgenden Fragen von dieser Seite Anlass gegeben: Warum wurde dieser Aufruf nur an die am Konflikt direkt beteiligten Staaten gerichtet - also Gleichbehandlung des Aggressors Irak und der alliierten Streitmacht zur Befreiung Kuwaits - und nicht beispielsweise an alle Signatarstaaten der Genfer Konventionen, an welche sich der Depositärstaat Schweiz in erster Linie hätte wenden sollen? Warum wird im Aufruf das Verbot der Bombardierung der Zivilbevölkerung erwähnt, das ursprünglich der Haager Land-Kriegsordnung entstammt? Ist dies die Bestätigung, dass die Schweiz vom Vorliegen eines klassischen Konflikts und nicht einer Aktion kollektiver Sicherheit ausgeht? Weitere Beispiele westlicher Kritik sind die Intervention des britischen Botschafters Long mit Bezug auf die schweizerische Darstellung der Natur dieses Konfliktes, die - informellen, aber erstaunten - Reaktionen auf die Rede von Bundespräsident Cotti anlässlich des Neujahrempfangs des diplomatischen Korps sowie die Aufforderungen, zumindest finanziell mehr Solidarität mit der alliierten Seite zu zeigen.

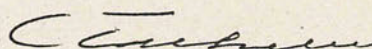
Zweck dieser Notiz kann, dies sei wiederholt, nicht Beurteilung oder gar Kritik der gegenwärtigen neutralitätspolitischen Haltung der Schweiz sein. Es sei lediglich festgehalten, dass wir für diese Haltung mit einiger Wahrscheinlichkeit einen europapolitischen, ja wohl auch integrationspolitischen Preis bezahlen werden. Im Moment, wo wir - im Rahmen des EWR und darüber hinaus - vital auf eine verständnisvolle Haltung insbesondere der EG-Mitgliedsländer angewiesen sind, kann die Schweiz nicht einerseits sich als Neutraler von der auch westeuropäischen Sache, für die im Golf gekämpft wird, de facto distanzieren und andererseits viel Verständnis für ihre integrationspolitische Sonderstellung erwarten. Vielleicht etwas überspitzt aber einfach ausgedrückt: Mit unserer gegenwärtigen Haltung im Golfkonflikt sind wir daran, den **politischen** Alleingang in Europa anzutreten.

3. Die letzte EWR-Verhandlungsrunde vom 22.+ 23.1. in Brüssel hat, abgesehen von den andauernden Schwierigkeiten im Verhältnis zur EG-Kommission, die **Isolierung der Schweiz im Rahmen der EFTA-Länder** tendenziell wieder verstärkt. Man kann annehmen, dass die kritische schweizerische Charakterisierung der Positionen unserer EFTA-Partner anlässlich der Verhandlungsrunde, ihre Entsprechung in Form einer ähnlich kritischen Beurteilung der schweizerischen Position durch diese gefunden hat.

Auch hier sei nicht weiter auf Verhandlungssubstanz und ihren Hintergrund (grundsätzlich verschiedene Interessenlage anderer EFTA-Länder) eingegangen. Festgehalten sei lediglich, dass auch hier die Isolierung der Schweiz in einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt droht: Einmal sind wohl auch wir in der bevorstehenden Schlussphase der EWR-Verhandlungen ganz speziell auf klare, von aussen nicht ohne weiteres als gespalten einsehbare EFTA-Positionen angewiesen. Zudem ist auf die schweizerische Initiative zum politischen Dialog mit der EG hinzuweisen: wie eine österreichische Reaktion zeigt, besteht die konkrete Gefahr, dass sie vor dem Hintergrund schweizerischer EWR-Positionen lediglich als nun auch politisches Brems- und Störmanöver der Schweiz erscheint.

4. Das Fazit ist banal: Unserer Ansicht nach besteht die Gefahr einer doppelten Isolierung der Schweiz - wegen der Haltung im Golfkrieg im westeuropäischen und speziell EG-Rahmen, wegen der EWR-Position im EFTA-Rahmen - bereits heute sehr konkret. Selbstverständlich haben gerade die im Golfkrieg engagierten Westeuropäer im Moment andere Sorgen als sich mit der Haltung der Schweiz eingehend zu beschäftigen. Mit Verständnis aufgenommen wird sie - dies zeigen die erwähnten Reaktionen - indes sicher nicht. Der entsprechende europa- und integrationspolitische Preis wird gegebenenfalls erst in Zukunft in seinem vollen Umfang absehbar. Indes stellt sich die Frage, ob entscheidende Weichenstellungen neutralitäts- und integrationspolitischer Art nicht schon heute - eher als nach den in Aussicht gestellten Ueberprüfungen unserer Neutralitätspolitik und nach dem Vorliegen eines EWR-Vertrages - getroffen werden sollten. Dies, da durch die golfkrisenbedingte Beschleunigung der politische Europafähigkeitstest der Schweiz bereits heute in vollem Gange ist.

POLITISCHE ABTEILUNG I



J.C.A. Staehelin

Kopie: . BAWI: . Staatssekretär  
 . Botschafter Arioli  
 . Westeuropa/Osteuropa  
 . Integrationsbüro EDA/EVD  
 . Völkerrechtsdirektion  
 . Polit. Sekretariat  
 . F. & W.-Dienst  
 . PA II  
 . Sekretariat BRF  
 . JAC, SIN, SI, GRN, HO, WOK, JE, KJF  
 . Mission Brüssel  
 . Mission/Delegation Genf (2 Ex.)  
 . Mission UNO, New York  
 . Mission OECD, Paris  
 . Vertretung Strassburg  
 . Botschaften Helsinki, Oslo, Stockholm, Wien, London,  
 Paris, Bonn, Rom, Brüssel, Washington

OK B. F. 91 14